

In der Demokratischen Partei brodelt es! Weite Teile der Partei blicken mit Unverständnis auf ihren Präsidenten. Trotz dem Versprechen nach Wandel – change – und einer Mehrheit der Demokraten in beiden Kammern sind weite Teile der Basis unzufrieden. Besonders der linke Flügel, der in den USA unter dem Begriff Liberal geführt wird, kritisiert vermehrt öffentlich die Obama-Administration.

Vor allem das Festhalten am Krieg gegen die Taliban in Afghanistan enttäuscht viele Demokraten und ehemalige Unterstützer Obamas. Obwohl der Präsident von einem neuen Bewusstsein und einem realistischeren Blick auf die Wirkungskraft der militärischen Stärke der USA sprach, beuge er sich nun dem Willen der Generäle. Neal Gabler vom *Boston Globe* sieht das als Grund für die nachlassende Unterstützung und den Glauben an einen wirklichen Wechsel.

Die Rede von Präsident Obama am 3. Dezember an der Militärakademie in West Point, New York, machte seine Position abermals klar: 30.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten sollen ab Anfang 2010 in Afghanistan stationiert werden. Zusätzlich \$ 30 Milliarden allein für 2010 sollen dafür bereitgestellt werden. Gleichzeitig setzt Obama ein Zeitlimit. Ab Juli 2011 soll mit dem Abzug der Truppen begonnen werden. Der Krieg in Afghanistan wird damit fortgesetzt, aber nicht auf unbestimmte Zeit. Schon in seiner Wahlkampfkampagne im Jahr 2008 hat Obama jedoch auf seine Position aufmerksam gemacht. Die oftmals erwähnten Ähnlichkeiten zum Vietnam-Krieg sieht Präsident Obama nicht. Er argumentiert in seiner Rede, dass im Gegensatz zum Vietnam-Krieg in Afghanistan 43 Nationen gemeinsam kämpfen, die Terroristen nicht durch weite Teile der Bevölkerung unterstützt werden und der Angriff vom 11. September 2001 von Afghanistan aus koordiniert worden ist.

Ein Beispiel für die Probleme, die gegenwärtig in Afghanistan bestehen, beschreibt Aram Roston in seinem atemberaubenden Artikel *How the US Funds the Taliban* für die linksliberale *The Nation*. Darin beschreibt ein amerikanischer Beamter die Situation: „Die US-Army bezahlt die Taliban, sie nicht zu beschießen“. Das Geld amerikanischer Steuerzahler fließt über private Logistikfirmen an die Taliban. Diese Subunternehmen befördern einen Großteil der Waren des täglichen Gebrauchs der amerikanischen Armee, vom Toilettenpapier bis zur Munition. Für das Passieren der LKW bezahlen sie die Taliban, aber auch Warlords und ortsansässige Stammesführer, da ein ausreichender Schutz auch für diese privaten afghanischen Firmen nicht möglich ist. Das Militär in Kabul geht davon aus, dass ca. 10 %, d.h. mehrere Millionen Dollar, der Logistik-Ausgaben des Pentagon an die Taliban gehen.

Die genannten Subunternehmen gehören teilweise einflussreichen Persönlichkeiten. Eine der Firmen, NCL Holdings, besitzt der Sohn des afghanischen Verteidigungsministers. Eine amerikanische Firma, welche sich weigert diese Zahlungen zu leisten, wird nach Informationen von Roston bei fast jedem ihrer Transporte direkt und bewusst von Terroristen angegriffen.

Eine der führenden Mitglieder im US-Repräsentantenhaus gegen die weitere Finanzierung der Truppen in Afghanistan ist Barbara Lee, Abgeordnete aus Oakland, Kalifornien. Sie war die Einzige unter den über 500 gewählten Repräsentanten der beiden Kammern, die wenige Tage nach den Anschlägen im September 2001 gegen die Möglichkeit für den Präsidenten stimmte, Truppen im Kampf gegen die Taliban in Afghanistan einzusetzen. Auch weitaus bekanntere Abgeordnete, wie Nancy Pelosi, sprechen sich gegenwärtig kritisch gegenüber weitere Kredite für den Einsatz in Afghanistan aus.

Was erwartet Obama vom Einsatz in den kommenden 18 Monaten? Leslie Savan schreibt in *The Nation* über die Möglichkeit der Gefangennahme von Osama bin Laden. Wenn dies in den

kommenden Monaten erreicht werden würde, könnten Konservative Obama nicht mehr als „Sozialist“ und „Verräter“ an der muslimischen Welt bezeichnen. So beschreibt Gen. Stanley McChrystal, Oberbefehlshaber der Truppen in Afghanistan, gegenüber dem Kongress: „Al-Kaida wäre nicht besiegt, wenn Bin-Laden gefangen genommen oder getötet werden würde, aber könnte erst dann endgültig besiegt werden.“

Das linksliberale Magazin *The New Republic* stellt drei Fraktionen innerhalb der demokratischen Partei fest: Unterstützer der Obama-Politik, sogenannte Democratic Hawks, eine große Anzahl an Kritikern und viele Demokraten, welche die Entscheidung zunächst hinnehmen und respektieren.

In dem bekannten Blog *Daily Kos*, der den linken Kreisen um dem ehemaligen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Howard Dean nahe steht, wird vor allem an dem Aufbau eines funktionierenden afghanischen Sicherheitsapparates gezweifelt. In einem weiteren Artikel zitiert der Blog einen Oberstleutnant der Air Force, der sich über den Zustand der Truppen äußert: „Viele von ihnen sind das vierte oder fünfte mal im Kampfgebiet. Sie sind gestresst und müde...“ Indikatoren sind die hohe Anzahl von Selbstmorden, sowie das vermehrte Auftreten von Depressionen.

Obwohl die 18-monatige Frist, die sich die Obama-Administration für den Sieg gegen die Taliban setzt, Kritik vor allem von Republikanern einbringt, unterstützen sie im Zweifelsfall die Afghanistan-Politik. Eine Mehrheit scheint daher auch gegen weite Teile seiner eigenen Partei sicher. In den anstehenden Wahlen für Senat und Repräsentantenhaus wird das den Demokraten und Obama nichts nützen. Besonders seine ehemaligen Wähler könnten den Urnen fernbleiben und der Demokratischen Partei herbe Verluste einbringen.